

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

## Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/115: 24.01.1949 – 10.05.1949

### 24.01.1949

**SBZ:** Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Politbüro" (x009/330-331): >>... Den Weisungen des SED-Politbüros, das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der KPdSU erhält, sind faktisch sowohl die Partei-Apparate der SED als auch sämtliche Massenorganisationen und der Staatsapparat der SBZ unterworfen.

Sitzungen des Politbüros finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin teil. Das Politbüro wurde im Januar 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats. ...

Alle Mitglieder und Kandidaten werden ständig von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes begleitet ("Schatten") und wohnen in einem von Außenwelt hermetisch abgeschlossenen Reservat in Wandlitz bei Berlin.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Zentralkomitee" (x009/502): >>... Das Zentralkomitee soll mindestens alle 4 Monate tagen.

Gemäß Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitagungen "Parteikonferenzen" einzuberufen.

Die eigentliche Parteiführung und politische Macht liegen jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende Beschlüsse annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des Politbüros, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sekretariat des ZK der SED" (x009/391): >>... Nach dem Modell des Sekretariats der KPdSU hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des Sekretariats des ZK weit über die statutenmäßig festgelegten Aufgaben erweitert.

Den Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des ZK. Über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das Sekretariat des ZK den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Es gibt keinen staatlichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom Sekretariat des ZK beaufsichtigt und angeleitet wird.

Im Gegensatz zur KPdSU ist jedoch die oberste Entscheidungsinstanz der SBZ das Politbüro, dem sämtliche Mitglieder des Sekretariats als Mitglieder oder Kandidaten angehören. ...<<

### 29.01.1949

**WBZ:** Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) berichtet am 29. Januar 1949 in seinem Tagebuch (x112/658): >>Wenn ich mir die Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands überlege: hier Marshall-Plan, Westeuropa-Union, Zoll- und Wirt-

schaftsgemeinschaft, Ruhrstatut, Bonner Verfassung, Lastenausgleich, Steuerentwicklung usw. usw., dort Deutsche Wirtschaftskommission, SED-Herrschaft, Russifizierung der Wirtschaft und des Menschen usw., dann komme ich zu dem Ergebnis, daß – jedenfalls zur Zeit – weder die Westmächte noch Rußland im Grunde die Einheit Deutschlands wollen, daß nur beide nicht darüber sprechen. ...

So habe ich die Befürchtung, daß sich der augenblickliche Zustand festigt und verewigt: wir Deutschen sind nur Objekte der Außenpolitik, die Einheit Deutschlands wird sich niemand etwas kosten lassen, wenn man sich mit der Teilung billiger verständigen kann.<<

### **28.02.1949**

**SBZ:** Auf dem 3. LDPD-Parteitag gibt der Parteivorstand am 28. Februar 1949 seine letzten Selbständigkeitsbestrebungen auf und unterwirft sich der SED.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.

All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion.

Den kommunistischen Parteien Westeuropas blieb auch das letzte nicht erspart. Die Parteiführer wurden Ende Februar 1949 angehalten, öffentlich zu erklären, daß die kommunistischen Parteien im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die sowjetischen Truppen unterstützen würden. ... Damit wurde der letzte Anschein einer Unabhängigkeit aufgegeben. Die Partei erklärte sich offen zum Hilfsverband der Sowjetarmee.<<

**Berlin:** Die Berliner Wechselstuben zahlen am 28. Februar 1949 für 1 DM (West) = 4,10 DM (Ost).

**WBZ:** Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird am 28. Februar 1949 in Köln erstmalig wieder ein Rosenmontagszug veranstaltet.

Die beliebtesten Karnevalsschlager sind damals (x112/669): >>... In Münster: "Westfalenland, Westfalenland ist wieder außer Rand und Band ...";

in Köln: "Wer soll das bezahlen? ..." von Jupp Schmitz;

in Düsseldorf ist der Schlager der Saison: "Du darfst mich lieben für drei tolle Tage, du mußt mich küssen, das ist deine Pflicht! Du kannst mir alles, alles Schöne sagen. Nur nach dem Namen frag mich bitte, bitte nicht" von Hans-Ludwig Lonsdorfer. Der Volksmund nennt diesen Schlager damals "Alimentenlied".<<

### **Februar 1949**

**SBZ:** Der ehemalige Leiter eines Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet im Februar 1949 (x026/97): >>Im Februar 1949 entstand in der Kommandantur erhebliche Aufregung, der Grund dafür sprach sich schnell herum, der Nachrichtendienst im Lager funktionierte stets prompt und schnell: Internierte hatten einige der Pappschilder gefunden, die man den Toten an die Beine band und die beim Transport zum Friedhof verlorengegangen waren.

Es kam der Befehl, die Toten ohne diese Schilder zu beerdigen, um jede Möglichkeit der Zählung zu verschleiern. Nichts fürchtete man damals russischerseits mehr als ein Bekanntwerden der Totenzahl außerhalb des Lagers.

Aber die Zahlen waren bekannt. Es waren inzwischen in Sachsenhausen 19.000 beerdigt worden, besser eingescharrt. Das Lager ist bis 1950 praktisch zweimal ausgestorben! Auf dem

Friedhof war es verboten, irgendwelche Blumen zu pflanzen. Auch die Hügel der Toten, die nach (dem) Zuschütten der Toten ca. 50 cm hoch waren, durften nicht neu aufgeschüttet werden. Es sollte nach Möglichkeit alles schnell dem Erdboden gleichgemacht werden. ...<<

### **15.03.1949**

**WBZ:** US-Militärgouverneur General Clay gibt am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

### **31.03.1949**

**SBZ:** Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon sind 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge und Ostvertriebenen" in der SBZ (x009/131): >>In der SBZ werden Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder Neubürger bezeichnet. ...<<

Der deutsche Historiker Michael Schwartz berichtet später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Erinnerungskultur in der DDR an den historischen deutschen Osten" (x879/70-81): >>Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der DDR" - kann man dazu überhaupt viel sagen? ...

### **I. Assimilationspolitik**

Die DDR kannte keine Vertriebenenpolitik, sondern - in bewußter Abgrenzung dazu - eine dezidiert assimilatorische "Umsiedlerpolitik". "Gleichberechtigung" bedeutete für in der DDR lebende Vertriebene somit das Angebot sozialer Aufwertung und zeitweilig auch sozialpolitischer Unterstützung, zugleich jedoch politische Entmündigung und kultureller Anpassungszwang.

Diese Umsiedlerpolitik richtete sich auf etwa 4,3 Millionen in der sowjetischen Zone lebende Vertriebene (1947), die zu drei Vierteln aus den früheren Ostgebieten des Reiches und Vorkriegs-Polen stammten, zu einem Fünftel aus der CSR.

Zwischen 1949 und 1961 nahm die Zahl der in der DDR lebenden Vertriebenen um 900.000 drastisch ab; der Hauptgrund war, daß vertriebene DDR-Bürger, die 1949 ein Viertel der DDR-Bevölkerung ausmachten, bis zum Mauerbau ein überdurchschnittliches Drittel aller 2,7 Millionen "Republikflüchtlinge" in die Bundesrepublik stellten. Umgekehrt aber bedeutet das: An die drei Millionen Vertriebene blieben dauerhaft in der DDR.

Diese Menschen sollten sich ab 1945 als "Umsiedler" und ab 1950 bereits als "ehemalige Umsiedler" verstehen - Begriffe, die alle Hinweise auf das Flucht- und Vertreibungsgeschehen zu tilgen suchten. Statt dessen signalisierte der Umsiedler-Begriff, daß in der "DDR ... entsprechend Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens integriert" würde. Im Verständnis des SED-Regimes bedeutete dies die Anerkennung der Unumkehrbarkeit von Potsdam - und folglich des Verlustes von Heimat und Besitz.

Der gesellschaftliche Umgang mit diesem oktroyierten Umsiedler-Begriff oszillierte freilich zwischen offener Ablehnung (zugunsten der Flüchtlings- oder Vertriebenenbegriffe), Aneignung und Umdeutung. Die gesellschaftliche Eigendynamik wurde durch den Einfluß westdeutscher Politik und Gesellschaft auf die DDR noch verstärkt.

Deshalb führte die SED einen verbissenen Kampf gegen den sich in der Bundesrepublik durchsetzenden Begriff der "Heimatvertriebenen".

Es dauerte bis 1970, daß Ulbricht auch den "in Westdeutschland" lebenden Vertriebenen gönnerhaft zugestand, "in gewissem Maße Boden unter den Füßen" gewonnen zu haben und sich infolgedessen verstärkt "von den sogenannten 'Berufsvertriebenen'" und anderen "neofaschistischen Rattenfängern" zu distanzieren.

Doch das Denken in eindeutigen Schwarz-Weiß-Kategorien einer tiefgreifenden Politikdifferenz - in der DDR gleichberechtigte Integration und "offene Aufklärung" über "den politisch-historischen Sachverhalt um die Endgültigkeit der äußeren Grenzen", in Westdeutschland hingegen der fortdauernde "Aufbau von Revanchistenorganisationen" - wurde vom SED-Staat, und nicht zuletzt vom MfS, bis 1989 weiter gepflegt.

## **II. Selbstorganisation und Repression**

In der Erinnerungskultur der DDR waren die Heimaten der Vertriebenen, der historische Osten Deutschlands und die deutschen Siedlungsgebiete Ost- und Südosteuropas, auf äußerst zwiespältige Weise präsent. Von der SED-Politik wurde dieser "Osten" - nach anfänglichen Hemmungen in Teilen des Funktionärskorps und der SED-Basis - ab 1948/50 als unvermeidliche und irreversible Folge des verbrecherischen Hitler-Krieges abgeschrieben.

Zwar taten sich selbst hochrangige SED-Funktionäre damit schwer: So weigerte sich Johannes R. Becher 1948, eine SED-Delegation nach Wroclaw anzuführen, weil er "ein polnisches Breslau nicht akzeptieren" wollte, und auch SED-Chef Pieck bekannte sich nach anfänglichen Revisionshoffnungen hinsichtlich Stettins oder Swinemüdes erst 1949 zur Nachkriegs-Ostgrenze.

Walter Ulbricht hatte diese Grenze bereits 1945 akzeptiert und rechtfertigte seit 1948 den "Verlust der Ostgebiete" auch öffentlich als logisches "Ergebnis einer jahrhundertelangen reaktionären Politik ... gegen die Freiheit Polens", als Resultat eines Irrweges, den "das deutsche Volk" nach 1933 konsequent zu Ende gegangen sei: "Nachdem schließlich die deutsche Armee das furchtbarste Verbrechen gegen das polnische Volk begangen und sechs Millionen Polen vernichtet hat, müssen wir jetzt mit der Abtretung östlicher Gebiete dafür zahlen."

Auch Pieck teilte diese Rechtfertigung, räumte aber zusätzlich ein: "Man kann von einem Menschen nicht verlangen, daß er vergessen soll, wo einst sein Heimathaus stand, wo er glückliche Jahre seines Lebens verbrachte." Doch letztlich forderten solche SED-Führer, die gelernt hatten, ihre geographische Heimat durch eine politische Partei-Heimat zu ersetzen, ihre vertriebenen Landsleute auf, es ihnen gleichzutun. "Heimat" war für die SED ein politisches Projekt.

Ein beträchtlicher Teil der in der DDR lebenden Vertriebenen sah dies lange anders. Selbst SED-nahe Vertriebene kritisierten Ulbrichts Position zur Grenzfrage: "Ist das eine gerechte Lösung, Menschen total auszurauben, zu internieren und aus ihrer Heimat zu vertreiben?" Den SED-Führern wurde vorgeworfen, "die Ostgebiete verschachert" zu haben und "Verräter" am deutschen Interesse zu sein.

Rückblickend stellte die DDR-Geschichtswissenschaft 1988 fest: "Die Akzeptanz der neuen Grenze an Oder und Neiße blieb über lange Jahre das Kernproblem der politischen Seite ... der Umsiedlereingliederung. Gerade daran entzündeten sich immer wieder heftige Auseinandersetzungen unter und mit den Umsiedlern."

Gerade unter "ehemaligen Mittelschichten" hätten Revisionsforderungen "Wirkung" erzielt, dort habe "die Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat länger" bestanden "als bei Angehörigen der Arbeiterklasse".

Diese SED-Erinnerung war nur teilweise richtig - nämlich was die Langzeitwirkung der Rückkehrhoffnung betrifft. Noch 1965 wurde das 1950 verordnete "Abschreiben" der Ostgebiete von einer großen Minderheit der DDR-Bevölkerung (22 Prozent) nicht nachvollzogen, wie eine Meinungsumfrage der SED ergab. Alarmierend wirkte dabei, daß die Grenzen von 1937 unter sog. "Arbeitern und Bauern" überdurchschnittlich stark befürwortet wurden.

Die Anerkennung der Ostgrenzen war für die Mehrheit der Vertriebenen eine schwere Zumutung. Für die SED-Führung bedeutete sie alternativlose Realpolitik, sie diente in doppelter Hinsicht der Systemstabilisierung der DDR: Außenpolitisch als "Normalisierung" des Verhältnisses zu den osteuropäischen Nachbarn, freilich eine prekäre "Normalisierung", die mehr

die Systeme als die Bevölkerungen betraf und insbesondere auf Wirtschaftsbeziehungen zielte; neben diesem Einstieg in die Ostintegration sollte die Grenzanerkennung aber auch die innere Integration der DDR vorantreiben.

Unter Zeithistorikern kursiert die These, die frühzeitige Grenzanerkennung durch das SED-Regime habe den Vertriebenen in der DDR "die Eingliederung im Vergleich zum Bundesgebiet insofern erleichtert", als schon frühzeitig "keine Rückkehrillusionen" mehr möglich gewesen seien. Das war zumindest das Ziel der SED, denn die DDR-Arbeitsgesellschaft benötigte keine Fremden auf gepackten Koffern, sondern dauerhaft Bleibende und entsprechend Leistungswillige.

Die DDR-Geschichtswissenschaft durfte kurz vor dem Ende der SED-Diktatur diesen tiefgreifenden Konflikt vorsichtig ansprechen. Von anfangs "noch viele(n) politisch-ideologische(n) Unklarheiten in der Bevölkerung über die Grenze zur VR Polen" war die Rede, doch letztlich sei es gelungen, "Impulse zur Entwicklung eines neuen, freundschaftlichen Verhältnisses zum östlichen Nachbarland zu vermitteln". Namentlich die zwischen 1950 und 1952 veranstalteten "Monate der deutsch-polnischen Freundschaft" hätten geholfen, "Vorurteile abzubauen".

Doch auch diese SED-konforme Erinnerung war erheblich geschönt. In Wahrheit hatten die DDR-Grenzverträge mit Polen und der CSR unter der DDR-Bevölkerung derartigen Unmut erzeugt, daß man in Brandenburg 1950 beschloß, die Durchführung der ersten deutsch-polnischen Freundschafts-Veranstaltungen "in den Grenzregionen" vorsorglich "der Volkspolizei zu übertragen".

Zwar erzwang die Ost-Berliner Führung die Änderung dieses propagandistisch fatalen Beschlusses, doch auch dem DDR-Innenministerium erschienen "besondere Umsiedlerversammlungen bzw. das spezielle Ansprechen dieser Menschen" im Kontext der deutsch-polnischen Veranstaltungen "nicht ratsam".

Als während des 17. Juni 1953 im niederschlesischen Görlitz unter Demonstranten der Ruf nach "Revision der Oder-Neiße-Grenze" laut wurde, schien sich das langjährige Mißtrauen der SED gegen die "ehemaligen Umsiedler" zu bestätigen.

Um so entschiedener bekämpfte die SED die kulturelle Sonderidentität von Vertriebenen sowie deren Tendenz zur Selbstorganisation. Landsmannschaftliches Gruppenbewußtsein führte in SED-Sicht automatisch zum "Aufbau von Revanchistenorganisationen", welche die Oder-Neiße-Grenze und damit den Weltfrieden in Frage stellten.

Schon 1948 hatte die SED-Führung beschlossen, alle besonderen Vertriebenenvereinigungen zu "liquidieren". Nur selten plädierten SED-Funktionäre dafür, der Kulturpflege dienende "landsmannschaftliche Zusammenkünfte" nicht "einfach mit dem Holzhammer" zu unterdrücken.

Die meisten Vertreter des Regimes begriffen die Vertriebenen letztlich als fremdgesteuert - als Manipulationsobjekte der "im Bonner Separatstaat" geschaffenen "Flüchtlingsverwaltungen", "Landsmannschaften und Heimatverbände", der westlichen Medienhetze, aber auch im Westen lebender Verwandter, mit denen sie privat korrespondierten; all dies verbreite unter vertriebenen DDR-Bürgern das "Gift des einseitigen Zurückschauens in die Vergangenheit, das Sichabwenden von einer besseren Zukunft bis zur brutalen Forderung" nach "Revanche".

Doch trotz allen Repressionswillens standen dem frühen SED-Regime nur begrenzte Repressionsmittel zu Gebote.

In einer Situation, in der die innerdeutsche Grenze noch relativ offen und die DDR-Staatsicherheit erst im Aufbau war, konnte(n) illegale Vertriebenen-Selbstorganisation(en) durchaus erfolgreich sein. 1950 wurde der "Tag der Heimat" nicht nur erstmals im Westen, sondern auch in Leipzig öffentlich begangen. Der Hallenser Zoo wurde zum regelmäßigen Treffpunkt für Tausende Vertriebene. Es dauerte bis 1953, bevor das SED-Regime diese Massentreffen mit Massenverhaftungen beantwortete.

Wenn auch öffentliche Demonstrationen seither nicht mehr vorkamen, erklärten sich doch immer wieder Vertriebene "aus Liebe zur Heimat" gegen die Oder-Neiße-Grenze und zitierten zuweilen sogar öffentlich aus westdeutschen Vertriebenen-Publikationen. Noch 1960 erklärte das DDR-Innenministerium die starke Beteiligung von Vertriebenen an der "Republikflucht" mit Einflüssen westdeutscher Verwandter oder Bekannter. Bis zum Mauerbau wurden "vielfach" weiterhin "Umsiedler-Zeitungen illegal" in die DDR eingeführt und hatten republikflüchtig gewordene Vertriebene zuvor "an Umsiedler-Treffen in Westdeutschland bzw. Westberlin" teilgenommen.

Dem SED-Regime blieb neben punktueller Repression nur die Hoffnung auf langfristigen Wandel durch "Umerziehung" der jungen Vertriebenen-Generation. Dabei verschärfte der politische Anpassungsdruck massiv jenen eigendynamischen Generationengegensatz im Umgang mit der alten Heimat, wie er sich damals auch in Westdeutschland entwickelte.

Wer in der DDR Karriere machen wollte, wurde durch Indoktrination und Repressionsdrohung beschleunigt in die Distanzierung vom Heimatbezug seiner Eltern getrieben: So wurde 1952 in Potsdam unter den Gegenständen eines zwanzigjährigen Schülers eine illegale Vertriebenenbroschüre entdeckt.

Der Schüler gab daraufhin an, seine in einem mecklenburgischen Dorfe lebenden Eltern würden "von irgend einer Stelle beeinflusst", denn so oft er "zu Hause weilte(,) erzählten die Eltern, daß es bald heimgeht(,) und immer sogar mit genauen Daten". Die Urheber solcher Gerüchte zählten vermutlich zu den "erzreaktionären und faschistischen Elementen" seiner alten Heimat.

Fast zur selben Zeit erklärte 1952 ein dreiundzwanzigjähriger SED-Funktionär einem Westreporter voller Stolz, "daß er eines Arbeiters Kind sei, aus Schlesien, und unter kapitalistischen Verhältnissen niemals den Aufstieg zum Referenten des (thüringischen) Ministerpräsidenten hätte nehmen können". Diese Episode demonstriert, daß die raschen Erfolge des SED-Staates unter etlichen jüngeren Vertriebenen - von westdeutschen Beobachtern schon in den fünfziger Jahren des öfteren registriert - nicht nur auf Manipulation und Repression basierten, sondern auch auf realen sozialen Aufstiegsangeboten.

### **III. Der kirchliche Schutzraum**

(Die) Kirche bot vielen Vertriebenen auch organisatorisch eine "Heimat" - zumindest als lebensweltliche Nische. Die evangelische Kirche Brandenburgs hatte 1948 begonnen, ein Netzwerk kirchlicher Flüchtlingsbeauftragter zu installieren. In Sachsen waren 1949, ähnlich wie in Bayern, Landespfarrer für Vertriebene bestellt worden. Vor allem sorgte sich die SED über "die systematische Arbeit der Kirche zur Beeinflussung der Jugend". Noch 1965 befaßten sich evangelische Kirchensynoden in der DDR mit der Ost-Denkschrift der EKD, wobei der provinzsächsische Bischof Jänicke ausdrücklich feststellte, "die Frage nach dem Recht der Heimat" sei "weder völkerrechtlich noch theologisch letztlich beantwortet".

Kirchliche Erklärungen bildeten somit in der DDR langfristig eine Neben- und Gegenöffentlichkeit zum SED-Totalitarismus. Die wenigsten SED-Funktionäre begriffen jedoch den wichtigen Beitrag der Kirchen zur allmählichen Integration der Vertriebenen in der DDR. Die SED-Sicherheitsapparate suchten in kirchlichen Vertriebenen-Diskursen lediglich krampfhaft nach revanchistischen Symptomen. 1951 forderte MdI-Staatssekretär Warnke die Kirchenleitungen auf, "organisationsähnliche" Zusammenschlüsse von Vertriebenen innerhalb der Kirchen strikt zu unterbinden.

Gleichzeitig waren kirchliche Vertriebenen-Schriften fortan "als illegal anzusehen und zu verbieten". Doch wenn 1960 im "Evangelischen Frauenwerk" Brandenburgs weiterhin "Themen wie 'Schlesien einst und jetzt' oder 'Die Zukunft gehört uns' behandelt" werden konnten, scheint die institutionelle Schutzfunktion der Kirchen intakt geblieben zu sein.

Das galt erst recht für volksdeutsche Vertriebene aus Südosteuropa. Diese ohnehin oft isoliert

lebenden Vertriebenengruppen fügten sich nicht einmal in die katholischen oder evangelischen Groß-Kirchen der DDR ein, sondern schotteten sich in gegen äußeren Druck besonders resistenten Freikirchen ab. Die 1949 geäußerte Annahme des SED-Umsiedlerreferenten, "es wäre ein leichtes, mit dem Polizeiapparat dazwischen zu gehen", wurde vom SED-Regime kaum je zu erproben gewagt. Lediglich die "ernsten Bibelforscher" oder "Zeugen Jehovas", die bereits im NS-Staat verfolgt worden waren, gerieten in der DDR in eine totalitäre Repressionskontinuität.

Am ehesten vermochte das SED-Regime von den Kirchen formelle Anpassung zu erzwingen, etwa bei der Zwangsumbenennung der evangelischen Landeskirchen Pommerns und Schlesiens, deren Namen an diese verlorenen Ostgebiete erinnerten und vom Regime als "revanchistisch" interpretiert wurden. Selbst dann dauerte es bis 1968, bevor die Umbenennung der pommerschen Kirche zur "Landeskirche Greifswald" erfolgte und die schlesische Kirche zur "Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebiets" mutierte. Die kirchliche Resistenz bröckelte im Zuge des Generationswechsels um 1970.

#### **IV. Literatur und Erinnerung**

Erinnerung an die alte Heimat vermochte hin und wieder auch in der DDR-Literatur aufzuscheinen. Freilich ging es dieser Literatur weniger um den Verlust der alten Heimat als um die Anfänge in der DDR. Auch standen nicht so sehr die Erfahrungen der älteren Erlebnisgenerationen im Vordergrund, sondern das Bedürfnis der jüngsten Erlebnisgeneration, sich ihrer Kindheitserlebnisse im Lichte späterer DDR-Anpassung neu zu vergewissern.

Der Thematisierung des "Umsiedlerproblems" in der DDR-Geschichtswissenschaft Ende der achtziger Jahre ging entsprechendes in der Belletristik voran: Daß DDR-Romane, welche - wie Armin Müllers "Der Puppenkönig und ich" (1986) oder Ursula Höntschs "Wir Flüchtlingskinder" (1985) - die Vertreibungserfahrung aus Kinderperspektive ansprachen, in der DDR mehrere Auflagen erleben durften, belegt die gesellschaftliche Nachfrage nach diesem späten Tabubruch.

Der aus Schlesien vertriebene Armin Müller hatte schon zwei Jahrzehnte zuvor (1965) einen Gedichtband unter dem Titel "Reise nach S." publizieren können. Am "Grab des Vaters" in Schlesien erwachten wehmütige "Erinnerungen", doch zugleich mußte der vertriebene Besucher aus der DDR feststellen, daß "in der durch den Schlagbaum von dir abgetrennten Vergangenheit" längst neues "Kinderlachen" erklang. Nicht das aus politischer wie menschlicher Einsicht entspringende Loslassen der verlorenen Heimat - das die SED-Politik frühzeitig abverlangt hatte -, sondern der zulässige Ausdruck individuellen Schmerzes ist hier bemerkenswert.

Die 1976 publizierten "Kindheitsmuster" von Christa Wolf thematisierten ebenfalls die Vertreibung aus der Kindheits-Heimat. Erneut erklärt sich Vertreibung aus den NS-Verbrechen und der Kollektivschuld der Mitläufer, zugleich aber wird die Prägung auch der DDR-Nachkriegszeit durch die Vertreibungserfahrung bewußt gemacht - genauer: durch den sehr unterschiedlichen Umgang der drei Erlebnisgenerationen mit dieser Erfahrung.

Vor allem die alte Generation, so Wolf, habe "den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint" gelassen. Dennoch habe sich die mittlere Generation "als die eigentlich Betrogenen und die eigentlichen Verlierer" gefühlt und daraus "das Recht" abgeleitet, "zu jedermann ungerecht zu sein, besonders aber zu den Alten, die ihr Leben gelebt, und zu den Jungen, die es noch vor sich hatten".

Im Zuge einer veränderten SED-Geschichtspolitik der 1980er Jahre, die selbst Preußen zu rehabilitieren begann, konnte Ursula Höntschs Roman "Wir Flüchtlingskinder" 1985 deklarieren: "niemand" habe "die Aussiedlung vergessen, weil kein Mensch vergißt, woher er gekommen ist". Entsprechend wird im Roman die Unvereinbarkeit der politischen Formel von der "neuen Heimat" und des Festhaltens vieler Vertriebener an der alten Heimat gezeigt.

Selbst in der SED organisierte Vertriebene hätten im ersten Nachkriegsjahrzehnt "meistens ... von der Heimat" geredet.

Zugleich konstatiert Höntsch ähnlich wie Wolf - vor allem im 1990 erschienenen Roman "Wir sind keine Kinder mehr" - eine wachsende Entfremdung zwischen den Generationen. Die junge Generation wollte häufig lieber zukunftsgerichtete Sozialisten als rückwärtsgerichtete Vertriebene sein, illegale westdeutsche Vertriebenenzeitungen oder die Oder-Neiße-Grenze wurden von ihr ganz anders beurteilt als von den Eltern.

Dabei legt Höntsch auch das repressive Zusammenwirken der politisch-ideologischen und der sozialen Anpassungszwänge bei der Verdrängung von Vertriebenen-Identität offen. Schon der Anpassungsdruck der feindseligen alteingesessenen Bevölkerungsmehrheit habe bei vielen jungen Vertriebenen bewirkt, ihre Herkunft möglichst zu verschweigen und schließlich zu verdrängen.

"Auch die anderen Umsiedler in meiner Klasse", so heißt es im Roman, "erzählten niemandem, daß sie aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland kamen. Selbst untereinander redeten wir kaum noch von der einstigen Heimat. Nicht weil wir unsere Kindheit vergessen hätten, verdrängten wir unsere Herkunft, nein, aus Scheu, als Fremdlinge betrachtet zu werden."

Der Roman erinnerte an die feindseligen Rufe "'Pollacken raus!' - 'Haut ab, dorthin, wo ihr hergekommen seid!'" Den Kindern "aus dem Osten" sei "gar nichts anderes übrig" geblieben, "als alles zu tun, um nicht aufzufallen, um als gleichwertig anerkannt zu werden".

Sind solche gesellschaftlichen Konflikte auch in der Bundesrepublik anzutreffen, so wurden sie in der DDR durch den massiven politischen Anpassungsdruck der SED-Diktatur noch verschärft. Ältere Vertriebene wehrten sich gegen die in die DDR-Propaganda übernommenen Rechtfertigungen der polnischen Herrschaft in den angeblich "wiedergewonnenen" urslawischen Gebieten - eine plumpe Propaganda, der selbst anpassungsbereite junge Vertriebene widersprachen.

Doch wenn die ältere Generation Konflikte mit Funktionären nicht scheute, wenn jemand in amtlichen Dokumenten als Geburtsort "Reichenbach in Schlesien" angab, "was ihm übel ausgelegt wurde, weil es Schlesien ja nicht mehr gäbe", so scheint die junge Generation solche SED-Tabus bereitwilliger akzeptiert zu haben. Diesen Zwang zum Selbstzwang erinnert Höntschs Protagonistin wie folgt:

"Die Orte und Namen meiner Kindheit waren nirgendwo mehr zu finden; ihre Tilgung galt als politisches und moralisches Schuldbekenntnis und als Anerkennung der europäischen Neuordnung. Wie also hätte ich Liegnitz sagen können, ohne Zweifel an meiner Redlichkeit, meinem politischen Bewußtsein aufkommen zu lassen?"

Erst vierzig Jahre nach Kriegsende konnte dergleichen in der DDR gedruckt und gelesen werden - das Ende eines langen Nachkriegs und seiner Tabus.

## **V. Fazit**

Die "Umsiedlerpolitik" der DDR unterschied sich von der "Vertriebenenpolitik" der Bundesrepublik deutlich - gerade auch durch die frühzeitige SED-Forderung nach rückhaltloser Anerkennung der deutschen Gebietsverluste, welche Vertriebene in der DDR unter enormen Anpassungsdruck setzte. Auch die Wirkung politischer Repression scheint sich im Laufe der Zeit verstärkt zu haben.

Ging die westdeutsche Forschung 1954 davon aus, daß sich zahlreiche ältere Vertriebene den Assimilationszwängen der DDR wenigstens "innerlich ... wersetzt(en)", glaubte man seit Mitte der sechziger Jahre, gerade weil die Vertriebenen in der DDR "stärker zur Anpassung gezwungen" worden seien "als ihre Landsleute in Westdeutschland" und keine "besondere Bevölkerungsgruppe" mehr bilden dürften, sei "mit einer weitgehend erfolgten Eingliederung der Vertriebenen in Mitteldeutschland" zu rechnen.

Ein Blick auf die DDR-Literatur der siebziger und achtziger Jahre relativiert jedoch diesen im Wortsinne oberflächlichen Blick und verweist auf ein Syndrom aus Zwang, Anpassung und Verletztheit. Gerade diese Widersprüchlichkeit ist es, die den Umgang mit dem Verlust des deutschen Ostens in Bundesrepublik und DDR im Kern nicht als westöstliche Kontrastgeschichte darstellbar macht.

Statt dessen ist die DDR-Entwicklung untrennbarer Teil einer zutiefst gesamtdeutschen Nachkriegs-Erfahrung - des in beiden Teilen Deutschlands trotz aller Unterschiede gemeinsamen Schwankens zwischen einseitiger Politisierung, partieller Verdrängung und schmerzlicher Erinnerung. ...<<

**04.04.1949**

**USA:** In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.



Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) heißt es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 heißt es z.B. (x301/154-155):

>>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.

...

Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden,

Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesens aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika. Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen.

Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30%. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprenköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

#### **08.04.1949**

**WBZ:** Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

**USA:** Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland heißt es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fort dauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

- a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
- b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,
- c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
- d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
- e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.

Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<

>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Das "neue Besatzungsstatut" tritt am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik

Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.

#### **09.04.1949**

**WBZ:** Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".

Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

Konrad Adenauer berichtet später über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x353/80):  
>>... Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.<<

#### **11.04.1949**

**WBZ:** Ein US-Militärgericht fällt am 11. April 1949 in Nürnberg die Urteile gegen den ehemaligen deutschen Außenminister und Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung" Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk sowie Staatssekretär Weizsäcker und 19 weitere hohe Beamte des Auswärtigen Amtes ("Wilhelmstraßen-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Wilhelmstraßen-Prozeß" (x051/645-646): >>Wilhelmstraßen-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA gegen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt (in der Berliner Wilhelmstraße) Weizsäcker und 20 andere; größter und letzter der Nürnberger Prozesse (Fall 11).

Von den 21 Angeklagten waren 18 Minister und hohe Beamte der Zivilverwaltung des Dritten Reiches. Sie wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen – u.a. Mitschuld am Lynchen abgesprungener Flieger und der Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – namentlich gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten – begangen zu haben und Mitglieder einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein.

Durch Urteil vom 11.4.49 wurden 19 Angeklagte teilweise unter Freisprechung von Anklagepunkten zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren zehn Monaten und 25 Jahren verurteilt und zwei Angeklagte freigesprochen.

Durch Berichtigungsbeschluß vom 12.12.49 wurden die Strafen von drei Verurteilten, u.a. die für Weizsäcker, von jeweils sieben auf fünf Jahre herabgesetzt. Soweit die Verurteilten die Strafen noch nicht verbüßt hatten, milderte sie US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadeweg.<<

#### **12.04.1949**

**WBZ:** Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptieren am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

#### **16.04.1949**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.

Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...

Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Woh-

nung. ...<<

**22.04.1949**

**WBZ:** Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**

Eigentlich hatte die am 11. November in London zusammengetretene Sechsmächtekonferenz nur die Errichtung eines Kontrollamts für die Verteilung von Kohle und Stahl des Ruhrgebiets verhandeln wollen, so war es im Juni in London beschlossen worden. Aber in den sechs Monaten seit Juni 1948 hatte sich manches geändert.

Die Währungsreform der Westzonen hatte der deutschen Industrie einen starken Aufschwung gebracht, während gleichzeitig die französische Wirtschaft infolge der politischen Unruhen und Streiks einen Rückschlag erlitten hatte. Was Wunder, daß das französische Sicherheitsbedürfnis angesichts dieser Situation nicht nur Garantien gegen eine militärische Aggression, wie sie das sogenannte Militärische Sicherheitsamt bieten könnte, verlangte, sondern Garantien, die eine Kontrolle des deutschen Wirtschaftsaufschwungs ermöglichen.

Noch im Juli 1948 belief sich die französische Stahlproduktion auf 640.000 t, im September war sie bereits auf 550.000 t gesunken, während die Stahlerzeugung, der Bizone von 310.000 t zu Beginn des Jahres 1948 auf 572.000 t im September angestiegen war und damit die Leistungen der französischen Stahlindustrie erstmalig übertreffen hatte.

Als dann am Vorabend der zweiten Londoner Konferenz die anglo-amerikanischen Regierungen den Deutschen noch die Treuhänderschaft über die Kohle- und Stahlindustrie übertragen und sich bereit erklärten, die Regelung der endgültigen Eigentumsverhältnisse der künftigen deutschen Regierung zu überlassen, war die französische Geduld erschöpft. Dies die Vorgeschichte des Ruhrstatuts.

In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ... Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.

Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.

Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland

bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.

In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

Es wird zwar ausdrücklich verlangt, daß hierbei keine Konkurrenzinteressen mitsprechen dürfen und die Mitglieder der Kommission sich nicht als Vertreter ihrer Nationen, sondern als internationale Körperschaft fühlen sollen; aber kann man verlangen, daß der französische Vertreter unbeeinflußt von nationalen Interessen die Verteilung von Koks und Kohle bewirkt, wenn in Frankreich neue Streiks die eigene Produktion stilllegen?

Kann man erwarten, daß der Vertreter Englands einem Werk, das vielleicht im Hinblick auf irgendwelche Spezialqualitäten den englischen Export entscheidend hemmt, in großzügiger Weise mit Kontingenten versieht? Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?

Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen, und sie kann auch, wie ihre Befürworter es wünschen, zur Keimzelle einer neuen europäischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung werden.

Allerdings schrieb der "Economist" kürzlich: "Ein internationalisiertes Ruhrgebiet in einem im übrigen völlig nationalistischen Europa würde da mächtiger Unruheherd werden." Daher gäbe es "nur eine Lösung: die internationale Kontrolle auf die Industriegebiete Lothringens, Luxemburgs und Belgiens auszudehnen."

Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>>Tedeum des Sieges

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

**Treu und Glauben.** "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde im "good faith", auf "Treu

und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber.

"Ich kann nicht glauben, daß hinter dem Ruhrstatut der Geist europäischer Zusammenarbeit zugunsten Europas steht." Ludwig Erhard glaubt eher an kleinliche Überlegungen konkurrenzmäßiger Art.

Die Pariser Wirtschaftszeitung "L'Echo de la Finance" bekräftigt das auf gut französisch: "Wir sind vor allem durch das industrielle Potential unserer ehemaligen Feinde beunruhigt. Wenn die deutsche Stahlindustrie uns morgen von den europäischen Märkten verdrängt, bleibt uns keine Möglichkeit, die Devisen zu erwerben, die wir bitter nötig haben. Die Kraftprobe zwischen uns und unseren früheren Gegnern ist jetzt nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art."

**Unglauben.** Der "Combat" in Paris empfiehlt, das Ruhrstatut mit Vorsicht und sogar "mit Unglauben" aufzunehmen. In seinem Leitartikel erteilt die unabhängige Tageszeitung den Kontrollbestimmungen die Prädikate "zusammenhanglos und dehnbar".

Tatsächlich liegen die Begrenzungen der Eingriffe in das westdeutsche Wirtschaftsleben nur schwer feststellbar zwischen den Buchstaben des Abkommens und dem guten oder bösen Willen seiner Unterzeichner. Durch den Artikel 14 wird die neue Ruhrbehörde zu einer Super-Jeia (Auslandsbehörde der westlichen Besatzungsmächte) für den westdeutschen Export.

Ihre Aufgabe ist die Verteilung der gesamten Kohle-, Koks- und Stahlproduktion von 135 großen Gruben und Bergwerken, 12 Hochöfen, 263 Eisenwerken, 296 Gießereien und 57 Walzwerken.

Die Erzeugung von fast 7.000 mittleren und großen Unternehmen im westdeutschen Industriegebiet soll so verteilt werden, daß "Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den deutschen Rohstoffen" erhalten. Deutschlands "wesentliche Bedürfnisse" werden dabei berücksichtigt.

Das Ruhrgebiet stellt die Grundstoffe für 80 Prozent des deutschen Exportes. Die Ruhrbehörde hat das Recht, die "Mindestmengen" für den Export und den deutschen Bedarf von Kohle, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl festzusetzen. Es wird künftig Sache der internationalen Kontroll-Behörde sein, wieviel Kohle die deutschen Porzellanfabriken in Bayern erhalten, oder wieviel Bunkerkohle in die Bäuche deutscher Fischdampfer kommt.

Die Behörde kann dabei selbst die Qualitäten oder Typen der auszuführenden Produkte bestimmen. Wenn sie die Qualität der Edlestähle vorschreibt, kann beispielsweise mit einem Schlage der gesamte deutsche Zahnbohrer-Export (ein guter Devisenbringer im Kanada-Geschäft) ausgeschaltet werden.

Die allgemeine Hoffnung im Ruhrgebiet auf eine Erhöhung der jährlichen Stahlproduktion (auf etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen) wurde enttäuscht. Es bleibt bei 10,7 Millionen. Schon jetzt beträgt die Monatsproduktion rund 600.000 Tonnen.

**In alle Ewigkeit.** Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls, der hier und da mahnend aus der dialektischen Dunkelheit der 6.000 Worte spricht, könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden.

Schon das letzte Jahr brachte in der deutschen Kohleausfuhr einen zweifelhaften Exporterfolg. Die Ausfuhr von Steinkohlen erhöhte sich 1948 gegenüber 1947 um etwa 75 Prozent. Die Kohleproduktion selbst stieg kaum um 20 Prozent.

Die Jeia-Anordnung Nr. 1 verbot den Export von deutschem Roheisen. Artikel 14 der Ruhrstatuten kann die Roheisenausfuhr trotzdem möglich machen. Die letzten Jeia-Bestimmungen vom Dezember 1948 ließen die deutschen Ausfuhrzügel etwas lockerer. Das Ruhrstatut droht die alten Scheuklappen in Disposition und Preisgestaltung wieder hervorzuholen. Aus den

Paragrafen knistert es schon wieder nach den 32 kaum zerknüllten Ausfuhrformularen. Hundert Kilo gewalzter Edelstahl für Metallsägen kosten auf dem Weltmarkt 45 bis 50 Dollar. Selbst bei verbesserten Herstellungsmethoden könnte der deutsche Exporteur nicht billiger liefern, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.

Durch das Recht zur Regulierung des deutschen Exports hat die Kontrollbehörde die Möglichkeit, willkürlich den gesamten Handel mit Skandinavien, Spanien, Italien oder Südosteuropa zu unterbinden. In der Außenpolitik der Ruhrstatut-Mächte könnte so der Ruhrexport ein wirksames außenpolitisches Druckmittel werden.

Nach Artikel 15 darf die Behörde Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere wirtschaftliche Maßnahmen deutscher Stellen überprüfen. Sieht die Behörde diese Maßnahmen als schädlich für ihre eigenen Kohle-, Koks- und Stahldispositionen an, so kann sie bestimmen, daß solche Anordnungen abgeändert oder aufgegeben werden.

Das ist der Hiobsparagraph für jeden künftigen deutschen Wirtschaftsminister, der sein eigenes Konzept für irgendeine Wirtschaftspolitik besitzt und durchführen möchte.

Die künftige Preisbildung der Ruhrbehörde für die Grundrohstoffe bestimmt auch mit das inländische Preisspiegelbild Westdeutschlands. Letzten Endes hängt es von der Preiskalkulation der Westsignatarstaaten ab, welchen Betrag westdeutsche Hausfrauen für ihre Kochtöpfe zahlen müssen und was ihnen in Mark und Pfennig die Gasuhr am Monatsende geschlagen hat.

**Auch die letzten Bayern.** "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."

Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte.

Maßnahmen einer deutschen Regierung, die eine Durchführung der Kontrolle behindern, können von der Behörde ausgesetzt werden. Die deutschen Vertreter haben dann eine Einspruchsfrist von fünfzehn Tagen. Danach kann die deutsche Regierung für schuldig erklärt werden. Den Gerichtsstand für beide Teile bestimmen in jedem Falle die Signatarmächte des Londoner Ruhrabkommens.

**Offene Fabrikture.** Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabrikator offen.

Sie können Untersuchungen, Zeugenvernehmungen und die Durchsicht von Akten und Einrichtungen privater oder öffentlicher Organisationen durchführen. Westdeutschlands Unternehmer bangen wieder um ihre Erfindungen und Produktionsverfahren. Die Arbeiter bangen mit.

"Wir haben alles getan, um die Ruhrarbeiter zu arbeitsamen europäischen Demokraten zu machen, und nun setzt man diesen Arbeitern eine fremde kapitalistische Diktatur vor die Nase", händeringt der Betriebsrat der Zeche "Julia" in Herne.

"Stellen Sie sich folgendes vor: Eine Schnüffelkommission aus französischen Offizieren kommt ins Werk. - Ah, würde der alte Arbeiter sagen: das wird ja 1923 gespielt; die alte Tante Micum (die damalige französische Industriekommission) ist wieder da. Dann aber wird es

ernst: Aus dem sumpfigen Boden des französischen Nationalismus, der an der Ruhr vorexerziert wurde, sind die Schlageters aufgestiegen. Auch der Kommunismus wurde groß. Das Ruhrabkommen liefert Moskau auch heute erstklassige Trümpfe."

Westdeutschlands Arbeiterschaft vermutet meist unbesehen in den Kontrollparagrafen die Achillesfersen eines Tausendfüßlers. Sie sucht vergeblich nach den Eigentumsbestimmungen. Ihre Funktionäre prophezeien ein rapides Absinken des Leistungswillens und der Meldungen zum Ruhrbergbau.

**Eine große Sache.** "Kohle - Brot und Aufbau. Helft mehr Kohle fördern und werdet Bergmann", steht in Deutsch auf dem Plakat im Zimmer 118 des US-Hauptquartiers im Frankfurter I.-G.-Haus.

Neben der drei Meter hohen Deutschland-Wandkarte mit dem rotstift-ummalten Ruhrgebiet (bis zur holländischen Grenze) hängen auf 118 seit ein paar Tagen noch mehr Plakate und Graphiken mit dem deutschen Wort "Kohle".

Davor sitzt ein grauhaariger Amerikaner im schottisch karierten Businessanzug: Mr. F. C. Wright jr., der Berater für Wirtschaftsfragen beim Zweimächtekontrollamt.

"Wissen Sie, das mit dem Ruhrstatut scheint eine große Sache zu sein. Ich habe mir das schon am Sonntag überlegt, als ich es in der New York Herald Tribune las." Sonst hat F. C. Wright jr. noch keine feste Meinung über die Ruhrkontrolle. "Geben Sie mir acht Tage Zeit, dann kann ich Ihnen sagen, was ich darüber denke."

**Bitte Zeit.** Die Franzosen sitzen am anderen Ende des Korridors. Besucher werden in dem spärlich möblierten Raum der französischen Verwalter mit routinierter Höflichkeit empfangen.

Eine Meinung über das Ruhrstatut aber haben die Frankfurter Franzosen nicht. Mit höflich neutralem Lächeln bitten sie sich Zeit aus. "Wir haben ja hier gerade erst angefangen." Ihre Regierung in Paris bezeichnet das Übereinkommen als wichtigen Schritt auf dem Wege zu künftigen Regelungen.

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen.

Selbst bei der ausnahmsweisen Verteilung von Roheisen müssen es gerade zwölf Stimmen sein, die den Beschluß gültig machen. Falls die westlichen Kontrahenten Roheisen wollen, wird geliefert Auch wenn die deutschen Stimmen protestieren.

Kontrollrats- und UNO-Kenner prophezeien einträgliche Kuhhändler mit den Stimmen. Die Franzosen wären für jede Unterstützung ihres Planes zur Verschiffung der Ruhrkohle nach Lothringen dankbar, um die eigene Stahlproduktion auf die im Monnet-Plan vorgesehene Höhe von 15 Millionen Tonnen jährlich zu bringen.

Für Holland und Belgien ergibt sich die Möglichkeit, gegen ihr Jawort die drei französischen Stimmen für eine mögliche Transportbevorzugung der belgisch-holländischen Häfen einzuhandeln.

"Ich denke da an das Feilschen der einzelnen westeuropäischen Staaten beim O.E.C.C. (Marshallplan-Büro) in Paris über die Verteilung der ERP-Dollar erinnert sich Professor Erhard. "Warum sollten da jetzt ausgerechnet hinter dem Ruhrstatut hehre Ideen stehen?"

Da acht Stimmen im Normalfall für einen Beschluß notwendig sind, könnten die Angelsachsen zusammen mit ihrem Platzhalter für das unmündige Deutschland ihre Ansichten immer durchdrücken.

Wie das Pariser Marshallplan-Büro steht auch die neue Ruhrbehörde vor der Aufgabe, das wirtschaftspolitische Sonderinteresse einzelner Staaten zugunsten des gemeinsamen Aufbaues

Westeuropas zurückzustellen.

**Eine kleine Garantie.** Jede größere Benachteiligung Deutschlands würde die amerikanischen und englischen Steuerzahler sehr bald fühlen lassen, daß Deutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn ihm die industriellen Möglichkeiten verbaut werden. Das ist eine kleine Garantie dafür, daß im Rate der Ruhrbehörde Deutschland bei der Verteilung seiner eigenen Produktion nicht zu kurz kommt. Wie überhaupt das Abkommen nur in seiner Praxis endgültig als verwerflich oder annehmbar bezeichnet werden kann.

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen".

Die Ruhrstatuten fordern eine Zusammenarbeit zwischen den Ruhrkontrolleuren und den Pariser ERP-Marshallplanern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold dachte den Marshallplan-Gedanken im Ruhrstatut zu Ende.

An Stelle der einseitigen Kontrolle des Ruhrreviers fordert er einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage. Dazu sollten Deutschland die Ruhr, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie, Frankreich das lothringische Erzvorkommen und die Saar einbringen.

"Das kommt vielleicht später noch", tröstet der Londoner "Observer" und fordert Deutschland auf, erst wieder einmal "etwas Vertrauen" zu schaffen. Auch der "Nieuve Rotterdamsche Courant" plädiert für eine Kontrolle aller westeuropäischen Industriezentren (s. Spiegel Nr. 48/1948). Die Londoner "Times" weist darauf hin, daß in dem Ruhrstatut Hinweise auf die Möglichkeit einer Revision gegeben sind. Deutsche Kritik sei jetzt aber "nur mit Gedächtnisschwund" zu entschuldigen.

Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.

**Nicht über den Weg.** Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt. Die Sowjets argwöhnen, daß der Rohstoffnachschub für den Wiederaufbau der westeuropäischen Rüstungsindustrie künftig auch aus Westdeutschland kommen könnte. Sie trauen auch dem Sicherheitsamt nicht über den Weg.

Die militärische Sicherheitsbehörde ist bereits konstituiert. Als Vertreter der drei westlichen Militärgouverneure wurden der amerikanische Generalmajor James P. Hodges (bisher Direktor bei der amerikanischen Militärregierung), der englische Generalmajor V. J. Westropp (bisher stellvertretender Stabschef der britischen Militärregierung) und der französische General Paskiewicz (bisher Leiter der Entwaffnungsabteilung der französischen Militärregierung) ernannt.

Das Amt soll 150 Mann Personal beschäftigen. Vorgesehen sind eine militärische, eine industrielle und eine wissenschaftliche Abteilung. Sitz der Sicherheitsbehörde soll Stuttgart oder Baden-Baden, das Ruhrbehördenquartier wahrscheinlich Düsseldorf sein.

Der westdeutsche Kommunistenchef Max Reimann will die in Bonn streitenden Verfassungshähe zu einer Erklärung über das Ruhrstatut bewegen. Auch der Rat der elf westdeutschen Ministerpräsidenten will sich äußern. Das Kabinett Nordrhein-Westfalen ernannte einen ständigen Ausschuß von Sachverständigen, der die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Ruhrstatutes beobachten soll. Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.

UNTER DEM RUHRSTATUT

ANTEIL DES RUHRGEBIETS

WEST-DEUTSCHLAND = 100 %

95 % DER STEINKOHLENVORRÄTE

90 % DER KOHLENPRODUKTION

80 % DER EISENSCHAFFENDEN INDUSTRIE

87 % DER ROHSTAHLPRODUKTION

65 % DER GIESSEREIEN

KOHLEN-EXPORT der britischen Zone in Mio. Tonnen

**1947 1948**

FRANKREICH 1,7 4,6

LUXEMBURG 1,5 2,3

BELGIEN 0,7 1,2

HOLLAND 1,0 1,7

DÄNEMARK 0,8 0,6

NORWEGEN 0,4 0,2

SCHWEDEN 0,1 0,7

ÖSTERREICH 1,4 2,3

ITALIEN 0,9 1,5

SONSTIGE 0,5 0,8<<

**25.04.1949**

**WBZ:** US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

**30.04.1949**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-98-100): >>Ende April 1949 ... traf wieder ein Transport mit Kriegsgefangenen ein, darunter (waren) viele Frauen, die vor allem aus Ostpreußen stammten. ...

Es ist wichtig für die Frauen, daß sie sich so schnell wie möglich an unser Leben hier in den Städten und Dörfern gewöhnen.

Deshalb schicken wir sie an den Nachmittagen nach Göttingen. Dort sehen sie Geschäfte, Autos, gut angezogene Menschen. ...

... Alle wollen wieder schnellstens "Frauen" werden, fühlen sich in den empfangenen Kleidern wie neugeboren, versuchen sich zurecht zu machen und verfallen damit nicht der Grübeleien und der Schwermut ...

Man muß beobachtet haben, um zu ermessen, was diesen Frauen in den russischen Steppenlagern fehlte. Wonach sie sich sehnten. Wie (sie sich freuten), ... als man sich vor dem Gang in die Stadt "landfein" machte, die Haare wusch, Kämmen in Bewegung setzte, Schuhe putzte, hier ein Kleid veränderte, dort eine Bluse auftrennte, um sie passend zu machen.

Ach, und der Spiegel, dieses wichtige Instrument, eigens für Frauen geschaffen. Er war immer

umlagert. Es ist schön zu sehen, wie Menschen wieder zu Menschen werden.

Keiner spricht mit Haß von den schlimmen Dingen, die hinter ihnen liegen. Es ist erstaunlich, wie sie von dem sprechen, was doch unvergeßlich in ihren Seelen eingepägt ist. Nicht eine von den Frauen redet sich mit heftigen Worten das vom Herzen, was sich da seit Jahren angesammelt hat.

Sie sind wieder daheim. Friedland – das ist für die Frauen bereits die Vorstufe des zu Hause. Sie wollen sich wieder dem Leben zuwenden, sich erholen, der Familie widmen – und vergessen. ...

Denn mit einem zu Stein gewordenen Herzen, mit Augen, die nur immer das Viereck des Stacheldrahts, die Maschinengewehrtürme und die abgezehrten Gesichter vor und in den Baracken sehen; mit Ohren, in denen die sowjetischen Kommandos, die antreibenden Rufe der Vorarbeiter und Aufseher ... am Abend auf den Pritschen widerklingen und Gedanken, die fortwährend um die Appelle auf dem Lagerplatz, den schweren Stunden in Krankheit und Not oder der immer wieder gestellten Frage kreisen: "Warum muß ich das erleiden?", kann man nicht leben.

Ein neues Leben muß angefangen werden. Sofort. Ohne Zögern. ... Männer können sich nicht so schnell umstellen. Es fällt ihnen schwerer.<<

**05.05.1949**

**Großbritannien:** Der Europarat (Sitz: Straßburg) wird am 5. Mai 1949 in London gegründet.

**08.05.1949**

**Berlin:** Im Treptower Park wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

**WBZ:** Der Parlamentarische Rat stimmt am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmen).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

**10.05.1949**

**WBZ:** Der Parlamentarische Rat entscheidet sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.